

HEYNE <

Heribert Schwan

**»Heuss
weiß es
und
billigt es«**

Die erstaunliche Geschichte der
Bundespräsidenten und ihrer Ausspähung
durch die DDR-Staatssicherheit

WILHELM HEYNE VERLAG
MÜNCHEN

Der Verlag behält sich die Verwertung der urheberrechtlich geschützten Inhalte dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44 b UrhG ausdrücklich vor.
Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten,
so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung,
da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich
auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

Originalausgabe 2024
Copyright © 2024 by Wilhelm Heyne Verlag, München,
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Straße 28, 81673 München
Umschlaggestaltung: wilhelm typografisch
unter Verwendung eines Fotos von: ullstein bild – Gerhard Stäudle
Satz: Satzwerk Huber, Germering
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN: 978-3-453-21804-8

www.heyne.de

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	7
Theodor Heuss – ein liberaler Staatsmann	13
Eine gefledderte Akte	20
Ein Spionagethriller	22
Dunkle Flecken	36
Ein Geistesverwandter der Amerikaner	38
Heinrich Lübke – Zielscheibe spektakulärer	
Enthüllungskampagnen	43
Vorspiel	47
Aktion Lübke	65
Recherche-Ausweitung	74
Dokumentensammlung	88
Im Jägerstab	94
Gustav Heinemann – Garant für den Machtwechsel . .	113
Ein unverdächtigter Lebenslauf	113
Bundespräsidentenwahl – ja, aber nicht in West-Berlin. .	118
Weitgehende geheimdienstliche Abstinenz	121
Walter Scheel – vom Außenamt ins Präsidentenamt . .	127
Ein langfristiger Plan	128
Ein Treffer in der Mitgliederkartei der NSDAP	131
Engere Beziehungen zur DDR, aber keine Anerkennung	137
Top-Spione	141
Bespitzelung im Zeichen der Entspannung	145

Karl Carstens – ein konservativer Intellektueller.	155
Vorermittlungen.	155
Suche nach handfestem Belastungsmaterial.	175
Neuer Hausherr in der Villa Hammerschmidt	183
Präsident der Wende	205
Richard von Weizsäcker – Sehnsuchtsort	
Bundespräsidialamt	217
Anhaltender Präsidentenpoker.	217
Designiert	248
Schon früh im Visier.	265
Erfüllung eines Lebenstraums.	292
Das bewunderte Staatsoberhaupt	322
Nachbemerkung	353
Quellen- und Literaturverzeichnis	361

Vorbemerkung

Im Mittelpunkt der DDR-Auslandsspionage stand seit den Fünfzigerjahren bis zum Ende der DDR 1989 die Bundesrepublik Deutschland.

Die umfangreiche nachrichtendienstliche »Arbeit im und nach dem Operationsgebiet« – wie die Bundesrepublik im Stasi-Jargon hieß – oblag in erster Linie der berühmt-berüchtigten »Hauptverwaltung Aufklärung« (HVA). Leiter war der legendäre HVA-Chef Generaloberst Markus Wolf. Unter seiner persönlichen Anleitung arbeitete die Abteilung X an sogenannten »Aktiven Maßnahmen«, die unter anderem darauf ausgerichtet waren, »den Feind bzw. einzelne feindliche Kräfte und Institutionen zu entlarven, zu kompromittieren bzw. zu desorganisieren und zu zersetzen«. Konkret waren das neben den Spitzenpolitikern der Bonner Republik auch die Bundespräsidenten.

75 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik und der DDR und 35 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer bringt der Blick auf die Ausspähung der Bundespräsidenten durch die Staatssicherheit unerwartete Erkenntnisse über die ersten 40 Jahre der beiden deutschen Staaten. Recherchen im Bundesarchiv, im Freiburger Militärarchiv und den Landesarchiven Sachsen-Anhalt in den Abteilungen Dessau und Magdeburg sowie das Studium der einschlägigen Stasi-Akten geben nicht nur Aufschluss über das Vorgehen und die Ziele des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), sondern fördern auch bislang unbekannte Aspekte über das Tun und Lassen, über verschwiegene oder wohlverborgene Verstrickungen der Staatsoberhäupter in der NS-Zeit und in der Zeit des Kalten Krieges zutage – Ergebnisse, die an zentralen Punkten der jüngsten Vergangenheit

unvermittelt eine andere Geschichte der Bonner Republik sichtbar werden lassen.

An Theodor Heuss (FDP), erster Bundespräsident von 1949 bis 1959, schienen die »Schlapphüte« aus Ost-Berlin auf den ersten Blick nur geringes Interesse gehabt zu haben. Seine Vita bot keinerlei Anhaltspunkte für Verstrickungen in der Zeit des Nationalsozialismus. Belastendes Material über Lebensführung und berufliche Tätigkeit existierte nicht. Daher konnte das Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin – heute Bundesarchiv – nur 110 Blatt als Stasi-Akte des ersten Bundespräsidenten zutage fördern. Doch darin befand sich brisantes Material. Es war kein Geringerer als der damalige FDP-Bundesvorsitzende und spätere Bundespräsident Theodor Heuss, der von Bonn aus ab 1948 ein Spionagenetz in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) initiiert, kontrolliert und für dessen Finanzierung gesorgt hatte. Wenn das MfS das alles veröffentlicht hätte, wäre Theodor Heuss niemals zum Bundespräsidenten gewählt worden.

Das umfangreiche Aktenkonvolut des MfS über den zweiten Bundespräsidenten, den CDU-Politiker Heinrich Lübke, der sein Amt von 1959 bis 1969 ausübte, ist als Geheimdienst-Machwerk aus tatsächlichen und erlogenen Informationen nicht zu überbieten. Mit gefälschten Dokumenten wurde Lübke zum angeblichen »KZ-Baumeister« gemacht. Das war er sicherlich nicht. Der gelernte Vermessungsingenieur und stellvertretende Leiter der sogenannten »Baugruppe Schlempp« spielte aber eine herausragende Rolle bei sämtlichen Bauaufträgen im Dienste der NS-Rüstungsindustrie. Er hatte intensive Kenntnis vom Umgang mit KZ-Häftlingen – Männern und Frauen –, Zwangsarbeitern und Gefängnisinsassen. Bei zahllosen Bauvorhaben erlebte er hautnah den Einsatz dieser Menschen, ihre menschenunwürdige Behandlung, ihre Ausbeutung bis zur Erschöpfung und schließlich bis zum Tod. All das war Lübke über Jahre bekannt. Darüber hat der spätere Bundespräsident ein Leben lang geschwiegen.

Das Interesse des Ost-Berliner Ministeriums für Staatssicherheit am dritten Bundespräsidenten, dem Sozialdemokraten Gustav Heinemann (1969 bis 1974), war nicht besonders ausgeprägt. Bei Heinemann, einem der führenden Männer der Bekennenden Kirche in der NS-Zeit, kamen die Spione zu dem Befund, dass der neue Mann an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit eine »fortschrittliche Rolle« gespielt habe, etwa durch seinen Kampf gegen die Wiederaufrüstung und für die Verständigung mit der DDR.

Die Stasi-Akte des vierten Bundespräsidenten, des FDP-Politikers Walter Scheel (1974 bis 1979), wurde bereits in den Fünfzigerjahren angelegt. Bei ihren Recherchen förderten die Stasi-Schnüffler unter anderem zutage, dass Scheel seit 1941 Mitglied der NSDAP gewesen war. Anders als in anderen Fällen nutzte der DDR-Geheimdienst sein Herrschaftswissen über Scheels NSDAP-Mitgliedschaft nicht, um Aktionen gegen ihn zu unternehmen. Der ehemalige Bundesaußenminister und Mitarchitekt der Bonner Ostpolitik wurde spürbar geschont.

Nachfolger Walter Scheels wurde Karl Carstens, fünfter Bundespräsident von 1979 bis 1984. Ins Fadenkreuz des Ministeriums für Staatssicherheit geriet der CDU-Politiker bereits Mitte der Sechzigerjahre. Seine Vita wurde ausführlich erforscht und in seiner Stasi-Akte dokumentiert. Unter anderem fanden die Stasi-Rechercheure auch belastendes Material aus der Zeit des Nationalsozialismus, das sich bei heutigen Recherchen bestätigen lässt. Danach hatte Carstens im November 1937 die NSDAP-Mitgliedschaft beantragt. Detailliert beschäftigte sich das Ministerium für Staatssicherheit mit Carstens' Militärkarriere. Schon wegen seiner steilen politischen Laufbahn als hoher Beamter in den Bonner Ministerien wie auch als Oppositionsführer der CDU/CSU-Fraktion und als Präsident des Deutschen Bundestages stand Karl Carstens unter ständiger Kontrolle der Berliner Schnüffler. In seine Amtszeit als Bundespräsident fiel die Perfektionierung der Funkaufklärung: das tausendfache Abhören und Abgreifen der Telefon- und Telex-Verbindungen zwischen BRD und DDR sowie BRD und West-Berlin.

Richard von Weizsäcker, der sechste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1984 bis 1994), hatte schon als Regierender Bürgermeister von Berlin ab 1981 die Stasi-Spitzel an seinen Fersen. Weizäckers Leben wurde ebenso ausgeleuchtet wie seine politischen Aktivitäten – ob als Regierender Bürgermeister oder als Bundespräsident. Die Mittel und Methoden des DDR-Geheimdienstes lassen sich am Beispiel des umfangreichen Aktenkonvoluts zu Richard von Weizsäcker besonders gut dokumentieren. Seine Gespräche mit Vertretern der Kirche in der DDR, mit Künstlern und SED-Spitzenfunktionären wurden minutiös dokumentiert. Auffallend war allerdings, dass in den Stasi-Auskunftsberichten über die Familie die Verstrickungen seines Vaters in der NS-Zeit als Staatssekretär im Außenministerium keine Rolle spielten. Dessen NSDAP- und SS-Mitgliedschaft ebenso wie die NSDAP-Mitgliedschaft von Richard von Weizäckers Mutter fanden keine Erwähnung. Auch die steile Militärkarriere Richard von Weizäckers als Hauptmann in der »faschistischen Wehrmacht« wurde im Gegensatz zu belastenden Befunden bei Weizäckers Vorgängern Heinrich Lübke und Karl Carstens lediglich mit einem einzigen Satz erwähnt. Auch Weizäckers Doktorvater, ein überzeugter Nationalsozialist mit NSDAP-Mitgliedschaft und einer aktiven Rolle im Nationalsozialismus, fand bei der Ausleuchtung der Familie, des Studien- und Freundeskreises durch den DDR-Geheimdienst keine Erwähnung. Bundespräsident Richard von Weizsäcker erfuhr durch das MfS über Jahre eine bevorzugte Behandlung – nämlich die des Verschweigens und des Verzichts auf unangenehme Veröffentlichungen.

Eine der wichtigsten Quellen im Stasi-Unterlagen-Archiv, die einen Einblick in die MfS-Auslandsspionage gegen die Bundesrepublik Deutschland ermöglicht, ist die 1998 entschlüsselte sogenannte SIRA-Datenbank. In dieser Datenbank erfasste die HVA alle Informationen, die sie mit geheimdienstlichen Mitteln zwischen 1969 und 1989 beschaffen konnte. Dabei handelt es sich beispielsweise um Berichte von »Inoffiziellen Mitarbeitern« (IM) oder um Dokumente, die ein IM lieferte. Die SIRA-Datenbank wurde für das vorliegende

Werk besonders ausgewertet. Ohne sie wäre dieses Buch nicht möglich gewesen.

Die Recherche belegt, wie die Staatssicherheit keine Kosten und Mühen scheute, um die Bundespräsidenten zu Propagandazwecken auszuspähen – und wie sie, wenn es ihrer Sache diente, mitunter sogar fälschend tätig wurde.

*

Mein allererster Dank gilt Roberto Welzel, der als Sachgebietsleiter des Referats Forschung und Medien in der Stasiunterlagenbehörde – nicht nur für dieses Projekt – bei Recherche und fachlicher Beratung wahrlich Herausragendes geleistet hat. Er war unverzichtbarer Ansprechpartner, auf dessen fachliche Kompetenz ich immer wieder bauen konnte.

Bedanken möchte ich mich bei Sabine Gresens vom Berliner Bundesarchiv (Referat BE 2). Ihr gelang es, eine Reihe von Dokumenten aus der NS-Zeit vorzulegen, die immer wieder überraschten.

Bei der statistischen Auswertung des Aktenkonvoluts hat mir Uschi Kadel sehr geholfen.

Besonderer Dank gebührt Roswitha Schwan-Michels, Historikerin und Germanistin, die seit meiner Dissertation vor mehr als einem halben Jahrhundert stets meine erste Lektorin war. Wie bei allen Publikationen zuvor begleitete sie mich als kluge und kritische Ratgeberin.

An dieser Stelle möchte ich mich auch bei dem Physiotherapeuten Alexander Finzel von der PhysioSport bedanken. Er verhalf mir zu schmerzfreier Arbeit am heimischen Computer.

Dank auch an Tobias Eckoldt. Auf diesen IT-Experten von INTAT war immer Verlass, wenn mein Computer Probleme bereitete.

Köln, im Frühjahr 2024

Theodor Heuss – ein liberaler Staatsmann

Am 8. Mai 1945 war der Krieg zu Ende. Die deutsche Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert. Dem totalen Krieg war die totale Niederlage gefolgt. Deutschland als Staat und Nation, die Deutschen als Volk schienen im Sommer 1945 am Ende. Auch wenn es in der Geschichte des deutschen Volkes keine »Stunde Null« gibt, den Zeitgenossen erschien die Stunde der Kapitulation als diese Stunde Null, Ende und Anfang zugleich: das Ende des Sterbens, der Bombennächte in feuchten Luftschutzkellern, der Standgerichte. Für viele das Ende einer Illusion, für Zehntausende Überlebende in den Konzentrationslagern das Ende ihrer Qualen – sie zumindest fühlten sich befreit. Und es war der Anfang des Improvisierens, des Überlebens, der Trümmerfrauen, der Schwarzmarktzeit, der Zigaretten- und Schokoladenwährung, der Kippensammler und der Hoffnung auf eine bessere Zeit. Wohin man auch blickte, überall bot sich das gleiche Bild: Trümmerhaufen, aus denen nicht selten noch der Leichengeruch emporstieg: vier Millionen deutsche Soldaten waren gefallen, fast ebenso viele Zivilpersonen umgekommen. Die Städte lagen in Schutt und Asche, ihre Zentren waren zu 60, 70 oder sogar 80 Prozent zerstört. Einige hatten besonders schwere Angriffe erlebt.

Zehn Millionen Zwangsarbeiter (Displaced Persons) aus allen Teilen Europas wollten zurück in ihre Heimat; viele von ihnen nahmen nach ihrer Befreiung Rache an den Deutschen, zogen plündernd durchs Land; die Rückführung in ihre Heimatländer wurde zu einem zusätzlichen Problem für die Sieger. Soziale Bindungen waren vielfach zerstört; Millionen Soldaten befanden sich in Gefangenschaft, eine Million wurde vermisst; beim Roten Kreuz stapelten sich die

Suchanträge, im Oktober 1946 waren es zehn Millionen, und die Menschen hungerten schon bald, mit Ausnahme der Landbevölkerung, der es nach wie vor relativ gut ging.

Anfang Juli 1945 verließen die anglo-amerikanischen Truppen zur Überraschung der Sowjets und zum Entsetzen der Einwohner Thüringen, Sachsen und Mecklenburg. Im Abstand von drei bis fünf Kilometern rückte die Rote Armee nach. Gleichzeitig begaben sich die Westalliierten in ihre Sektoren in Berlin. Dieser Vorgang wurde in der gesamten Weltpresse mit großer Aufmerksamkeit registriert. Auf der Konferenz von Potsdam im Juli 1945 einigten sich Sowjets, Amerikaner und Briten schnell auf bestimmte Grundsätze, nach denen Deutschland zu behandeln war. Dazu gehörten Entwaffnung und Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung, Kontrolle der Wirtschaft und Dezentralisierung, das hieß Verzicht auf eine Zentralregierung. Deutschland sollte allerdings als wirtschaftliche Einheit behandelt werden.

Der 6. September 1946 wurde zum historischen Tag – zumindest für die Deutschen in der amerikanischen und britischen Zone. Der amerikanische Außenminister James F. Byrnes kam nach Stuttgart, um die endgültige Abkehr der USA von der Morgenthau-Politik öffentlich zu verkünden. Ende 1944 hatte der damalige amerikanische Finanzminister vorgeschlagen, das deutsche Volk nach dem Ende des Nationalsozialismus streng zu bestrafen, seinen Lebensstandard drastisch zu senken und Deutschland in ein Ackerland zurückzuführen. Byrnes zeigte den Deutschen in seiner »Hoffnungsrede« zum ersten Mal eine Perspektive auf, einen Weg aus dem Elend. Er machte zudem klar, dass amerikanische Truppen, anders als nach dem Ersten Weltkrieg, so lange wie nötig in Deutschland und Europa bleiben würden.

Im März und April 1947 berieten in Moskau die Außenminister der vier Siegermächte erneut über Deutschland. Die Erfolgsaussichten waren gering. Wieder forderte die Sowjetunion zehn Milliarden US-Dollar an Reparationen, Kriegsschädigungen. Die Sowjets wollten außerdem an einer Vier-Mächte-Kontrolle des Ruhrgebietes

beteiligt werden. Die USA vertrat ein neuer Mann, George C. Marshall, General und ehemaliger Stabschef der US-Armee. Er und sein britischer Kollege Ernest Bevin lehnten ab. Sie wollten sowjetischen Einfluss auf die Bizone verhindern. Die französische Forderung nach einer Internationalisierung des Ruhrgebietes stieß auf sowjetischen, amerikanischen und britischen Widerstand. Noch in Moskau beschlossen Bevin und Marshall einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Konsolidierung der Bizone.

Das Chaos in Deutschland wurde nach dem furchtbaren Winter 1946/47 noch schlimmer. Die amerikanische Regierung befürchtete kommunistische Umstürze in Frankreich und Italien. Nun aber mussten die kommunistischen Minister die Regierungen in Paris und Rom verlassen. Was Präsident Truman angekündigt hatte, konkretisierte sein Außenminister Marshall am 5. Juni 1947: das Angebot umfassender Hilfe für Europa, heute unter dem Namen Marshallplan bekannt. 16 westeuropäische Staaten nahmen das Angebot an und baten um rund 16 Milliarden Dollar Unterstützung, verteilt auf vier Jahre. Die Sowjetunion lehnte die für sie wohl kaum ernst gemeinte Hilfe ab. Stalin zwang die osteuropäischen Staaten ebenfalls zum Verzicht, auch die Tschechoslowakei, deren Regierung die Teilnahme bereits beschlossen hatte. Mit der Unterschrift Trumans unter das entsprechende Gesetz begann die umfassendste Offensive der USA in Europa, der Marshallplan als wirtschaftspolitische Ergänzung der Truman-Doktrin. Truman hatte die Entschlossenheit der USA unterstrichen, alle freien Völker zu unterstützen.

Unterdessen konkretisierten sich die Pläne bei Amerikanern und Briten, einen deutschen Weststaat zu errichten, wirtschaftlich und politisch in sich gefestigt und der Sowjetischen Besatzungszone überlegen, was auch immer die Sowjets dort erreichen würden.

Am 1. Juli 1948 übergaben die Militärgouverneure der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Frankfurt am Main den westdeutschen Ministerpräsidenten die sogenannten »Frankfurter Dokumente«. Den Regierungschefs wurde aufgetragen, zu einem Besatzungsstatut Stellung zu nehmen, das die Beziehungen zwischen den

Westalliierten und dem neu zu gründenden Staat regeln sollte. Vor allem aber wurden die Ministerpräsidenten verpflichtet, eine »verfassungsgebende Versammlung« ins Leben zu rufen, die eine Grundordnung ausarbeiten sollte. Einige Ministerpräsidenten zögerten zunächst, denn sie wussten: Was von ihnen verlangt wurde, lief auf die Anerkennung der Teilung Deutschlands hinaus. Die Regierungschefs trösteten sich mit dem Gedanken, dass mit der Gründung des deutschen Weststaates lediglich ein Provisorium geschaffen würde. Für die Westdeutschen gab es zu diesem Zeitpunkt zur Politik der Alliierten keine ernst zu nehmende Alternative. Sie vollzogen lediglich den Willen der Besatzungsmächte.

Wenige Tage vor den Beschlüssen in Frankfurt wurde ein entscheidendes Hemmnis für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Westdeutschlands beseitigt. Am 20. Juni 1948 wurde die lange vorbereitete Währungsreform durchgeführt. Für diesen Tag X waren Waren gehortet worden. Über Nacht gab es fast alles wieder zu kaufen. Volksvermögen und Geldmenge wurden ins Gleichgewicht gebracht. Die im Umlauf befindlichen 300 Milliarden Reichsmark, denen fast keine Warenangebote gegenüberstanden und die das Arbeiten und Verkaufen zur Farce gemacht hatten, verschwanden im Papierwolf. Jeder Bürger in den Westzonen erhielt jene legendären 40 D-Mark »Kopfgeld«.

Am 24. Juni 1948, vier Tage nach der Währungsreform in den Westzonen, zog die sowjetische Militärregierung nach. In der Sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin galt von nun an eine neue Währung. Reichsmark oder Rentenmark alten Musters wurden mit Spezialcoupons beklebt. Die westlichen Stadtkommandanten in Berlin verboten diese Währung in ihren Sektoren und verfügten die Einführung von DM-West. Damit hörte auch Berlin auf, ein einheitliches Währungsgebiet zu sein. Vom Sommer 1948 an gab es zwei unterschiedliche Währungen in Deutschland.

Die faktische wirtschaftliche und die damit vorgedachte endgültige politische Teilung Deutschlands wollten die Sowjets allerdings nicht hinnehmen. In der Nacht vom 23. auf den 24. Juni

1948 begann die totale Blockade West-Berlins. Die Sowjets sperrten – angeblich aus technischen Gründen – den gesamten Personen- und Güterverkehr nach West-Berlin ab. Stromlieferungen aus dem Ostsektor wurden – vorgeblich wegen Kohlemangels – ebenso eingestellt wie Lebensmittellieferungen. Grund für diese Maßnahmen: Die Sowjetunion forderte auch den Westteil der ehemaligen Reichshauptstadt. Die Westmächte waren hingegen entschlossen, ihre Deutschlandpolitik fortzusetzen. Die Anglo-Amerikaner organisierten die Luftbrücke. Fast ein Jahr lang wurde Berlin vollständig aus der Luft versorgt. Mit der Blockade West-Berlins versuchte Stalin vergebens, Einfluss auf die Deutschlandpolitik der Westalliierten zu nehmen und sie zu neuen Verhandlungen zu zwingen; auch West-Berlin konnte er nicht kassieren. Im Mai 1949 hoben die Sowjets die Blockade auf. Ihr Ziel, die Westmächte aus Berlin hinauszudrängen und zusätzlich die politische Entwicklung in den Westzonen aufzuhalten, hatten sie nicht erreicht.

Während die Anglo-Amerikaner Berlin weiter aus der Luft versorgten, versammelte sich in Bonn der Parlamentarische Rat. Er bestand aus 65 Abgeordneten, die von den Fraktionen der westdeutschen Landtage bestimmt worden waren. Sie hatten den Auftrag, die Verfassung für den künftigen neuen Weststaat auszuarbeiten. Die Arbeit des Parlamentarischen Rates wurde von den Mehrheitsverhältnissen bestimmt. Die Sozialdemokraten waren gegenüber den christdemokratischen und liberalen Abgeordneten in der Minderheit. Die Besatzungsmächte achteten peinlich darauf, dass ihre Vorstellungen berücksichtigt wurden. In den monatelangen Verhandlungen wurde weniger gesellschaftspolitisch als staatsrechtlich argumentiert. Die alles entscheidende Frage lautete: Wie einflussreich soll die Regierung des neuen Staates gegenüber den Ländern sein? Die Alliierten lenkten schließlich ein und akzeptierten die deutschen Vorstellungen. In der Endphase der Beratungen des Parlamentarischen Rates standen sie unter Zeitdruck.

Nachdem die »Väter und Mütter des Grundgesetzes« – die 65 Mitglieder des Parlamentarischen Rates – am 23. Mai 1949 in einer feier-

lichen Sitzung das Grundgesetz ausgefertigt und verkündet hatten, trat es mit Ablauf dieses Tages in Kraft. Damit war die Bundesrepublik Deutschland gegründet. In einer Ansprache nach der Unterzeichnung sagte Konrad Adenauer: »Heute, am 23. Mai 1949, beginnt ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte unseres Volkes: Heute wird die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eintreten. Wer die Jahre seit 1933 bewusst erlebt hat, der denkt bewegten Herzens daran, dass heute das neue Deutschland entsteht.« Dann ging es Schlag auf Schlag: Am 14. August 1949 fand die Bundestagswahl, die erste freie Wahl auf deutschem Boden seit der Reichstagswahl vom November 1932, statt. Mit der Wahl Konrad Adenauers zum Bundeskanzler und dessen Amtsantritt am 7. September 1949 war die Bundesrepublik Deutschland Wirklichkeit. Was noch fehlte, war das Staatsoberhaupt, das protokollarisch an der Spitze des Staates steht. Schon am 12. September 1949 wählte die Bundesversammlung in Bonn Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten. Der FDP-Politiker erreichte im zweiten Wahlgang mit 416 Stimmen und 51,7 Prozent der Wählerinnen und Wähler aus der Bundesversammlung die erforderliche Mehrheit. Fortan repräsentierte der angesehene Liberale die junge Bundesrepublik nach innen und nach außen.

Auf der Victoriahöhe in Bonn-Bad Godesberg, in einem Eisenbahner-Erholungsheim, fand der erste Bundespräsident 1949 seinen improvisierten Amtssitz. Zwar hatte die Bundesregierung am 5. April 1950 eine repräsentative Villa in Bonn erworben, aber Heuss scheute den Abstieg ins Rheintal, wie der FDP-Politiker Erich Mende überliefert haben soll. Schließlich zog Theodor Heuss doch um in die Villa Hammerschmidt, die seit 1950 als Amts- und Wohnsitz des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland diente.

Im Gegensatz zu manchen späteren Amtsinhabern nutzte er die Villa Hammerschmidt auch als Wohnsitz. Sein Nachfolger Heinrich Lübke bewohnte die Villa nicht. Gustav Heinemann entschied sich für den Bau eines überdachten Schwimmbeckens am südlichen Rande des Grundstücks. Walter Scheel ließ vor seinem Einzug Renovierungs- und Umbauarbeiten durchführen sowie während sei-

ner Amtszeit einen Raum im Dachgeschoss für Kinovorführungen ausrüsten. Karl Carstens bewohnte die Villa wiederum nicht. Während der Amtszeit Richard von Weizsäckers (1984–1994) wurde im Dachgeschoss Platz für eine Tischtennisplatte geschaffen. Über Geschichte und Räumlichkeiten der Villa Hammerschmidt ließe sich eine Menge erzählen. Doch dies interessierte die Späher aus Ost-Berlin ebenso wenig wie die vielen Staatsgäste, die hier empfangen und bewirtet wurden.

Aber sogar mit Richtmikrofonen und anderen Werkzeugen und Mitteln und Methoden der Spionage versuchten die »Kundschafter des Friedens« – wie sie im Stasi-Jargon hießen – herauszubekommen, wer die Hausherren der Villa Hammerschmidt waren und welche Bedeutung sie für das politische System der Bundesrepublik Deutschland hatten. Die höchsten Repräsentanten der Bonner Republik standen 40 Jahre lang im besonderen Fokus der DDR-Spionage.

Parallel zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 lief in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) alles auf die Schaffung eines zweiten deutschen Staates hinaus. Der 7. Oktober 1949 ging als Staatsgründung der Deutschen Demokratischen Republik in die Geschichte ein. Nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED war nun das Politbüro das Machtzentrum der DDR. Dieses Machtzentrum fasste Ende Januar 1950 den Beschluss zur Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Die am 15. Oktober gewählte Volkskammer der DDR bestätigte einstimmig das Gesetz über die Bildung eines solchen Ministeriums. Bis Ende des Jahres 1950 beschäftigte die neu gegründete Institution bereits rund 2700 Mitarbeiter. In den zahlreichen Forschungsarbeiten über die Geschichte der DDR und vor allem über die Geschichte des DDR-Geheimdienstes ist nachzulesen, wie sehr das MfS bei der Früherkennung und Unterdrückung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 aus der Sicht des Politbüros versagt hatte und wie es daraufhin dem Innenministerium unterstellt wurde. Erst am 24. November 1955 erhielt das MfS wieder Ministeriumsrang und bekam schon bald den Auslandsnachrichtendienst, die Hauptverwaltung Aufklärung

3(HVA), zugeordnet. Bereits ihre Vorläufer hatten die Bundesrepublik Deutschland fest im Blick und praktizierten umfangreiche nachrichtendienstliche »Arbeit im und nach dem Operationsgebiet«.

Eine gefledderte Akte

Die Stasi-Akte des Bundespräsidenten Theodor Heuss wurde erst am 21. Oktober 1957 angelegt. Dies geht aus der sogenannten Personenkartei F-16, einem Formblatt des MfS, hervor. Sie enthält unter anderem Name, Vorname, Geburtsort, Geburtsdatum, Arbeitsstelle und verantwortliche Diensteinheit des Ministeriums für Staatssicherheit. Verzeichnet werden umfangreiche Recherchen über den Lebenslauf des am 31. Januar 1884 in Brackenheim/Württemberg geborenen Politikers und zeugen vom Interesse des DDR-Geheimdienstes. Der Leser erfährt bis ins kleinste Detail, dass Heuss das Humanistische Gymnasium in Heilbronn besuchte und Volkswirtschaft und Kunstgeschichte an den Universitäten München und Berlin studierte. Er erfährt, dass er 1905 zum Dr. rer. pol. in München als Schüler von Lujo Brentano promovierte und im selben Jahr Redakteur der von Friedrich Naumann begründeten Wochenschrift *Die Hilfe* in Berlin, 1912 Chefredakteur der *Neckar-Zeitung* in Heilbronn und 1918 der Halbmonatsschrift *März* wurde. Weiter wird gelistet: 1918 Rückkehr nach Berlin in die Leitung des »Deutschen Werkbundes« und der Wochenschrift *Deutsche Politik*. Von 1920 bis 1933 an der Deutschen Hochschule für Politik. 1933 Entlassung aus dem Lehramt. Von 1933 bis 1936 Herausgeber der *Hilfe*. Von 1924 bis 1928 und von 1930 bis 1933 Mitglied des Reichstages (Deutsche Demokratische Partei). Freier Mitarbeiter der *Frankfurter Zeitung*. Nach 1945 Lizenzträger der *Rhein-Neckar-Zeitung* in Heidelberg. Von 1945 bis Ende 1946 Kultusminister in Württemberg-Baden, Mitglied des Württemberg-Badischen Landtages. Heuss war Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei in den Westzonen und Berlin und wurde dann Mitglied des Parlamentarischen Rates. Am 12. Septem-

ber 1949 wurde er zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. An dieser Stelle bricht der in wenigen Sätzen beschriebene weitere Lebenslauf des »Schriftstellers und Journalisten« Theodor Heuss in der Stasi-Akte ab. In der Personenkartei F-16 befindet sich noch der Hinweis auf weitere Quellen wie das *Reichstagshandbuch von 1932* und das *MdR Handbuch d. Reichstage* (1965), die ebenfalls für den Lebenslauf herangezogen wurden. Als die wichtigste und am häufigsten zitierte Quelle wird das Buch von Erich Stockhorst angegeben: *Fünftausend Köpfe. Wer war was im 3. Reich*. Es ist ein biografisches Nachschlagewerk zum Nationalsozialismus, das 1967 erschien und auf 461 Seiten ohne Anspruch auf Vollständigkeit stichpunktartig rund »5000 Kurzbiografien des Personenkreises vorlegt, der die Epoche des Dritten Reiches bestimmt hat«. Auch in diesem Werk waren Belege für eine braune Vergangenheit von Heuss nicht zu finden. Seine Vita bot keinerlei Anhaltspunkte für Verstrickungen in der Zeit des Nationalsozialismus. Belastendes Material über Lebensführung und berufliche Tätigkeit existiert nicht.

Ob es im Amtssitz des späteren Bundespräsidenten, der Bonner Villa Hammerschmidt, Spitzel gab wie beispielsweise im Kanzleramt und in den Bonner Ministerien, ist nicht mehr zu erforschen. In der Stasi-Akte von Theodor Heuss befindet sich kein einziger Beleg, der auf eine aktive Spionagetätigkeit gegen den ersten Bundespräsidenten hinweist. Möglich ist allerdings, dass mehrere Aktenbände im Herbst 1989 vernichtet worden sind. Schwerpunkt der Aktenvernichtung waren vor allem große Bestände geheimdienstlicher Aktionen aus dem Operationsgebiet, die von der HVA über viele Jahre aus der Bundesrepublik gesammelt worden waren. Aus der Stasi-Akte von Theodor Heuss geht eindeutig hervor, dass ein umfangreiches Aktenkonvolut bestanden haben muss und fehlt. Aus welchen Gründen gerade die Stasi-Akte des ersten Bundespräsidenten derart gefleddert wurde, kann niemand erklären.

Ein Spionagethriller

In den nur 110 Blatt, die die magere Stasi-Akte des ersten Bundespräsidenten umfasst, befindet sich allerdings hochbrisantes Dokumentationsmaterial. Damit hätte das gerade im Aufbau befindliche Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit zusammen mit der regierungsamtlichen SED-Propagandaabteilung die Wahl von Theodor Heuss zum Bundespräsidenten 1949 verhindern können. Die Gründe dafür lesen sich wie ein guter Krimi: In einem monatelangen Ermittlungsverfahren der DDR gegen den West-Berliner FDP-Funktionär William Borm wurde ein besonderes Geheimnis zutage gefördert. Kein Geringerer als der ehemalige FDP-Bundesvorsitzende und erste Bundespräsident Theodor Heuss war Initiator und Auftraggeber für eine klug angelegte Spionage in der SBZ und späteren DDR.

Dieser Spionagethriller begann am 20. September 1950 mit der Verhaftung des stellvertretenden Vorsitzenden der West-Berliner FDP William Borm. Der 1895 in Hamburg geborene Berliner Fabrikant wurde am Grenzübergang Eisenach-Wartha auf der Transitautobahn von der DDR-Volkspolizei verhaftet. Nach einem fast zweijährigen Ermittlungsverfahren wurde William Borm vom Landgericht Greifswald am 21. Juli 1952 zu zehn Jahren Straftaft verurteilt. Dieses strafrechtliche Ermittlungsverfahren der Hauptabteilung IX des Ministeriums für Staatssicherheit (Strafverfolgung) ist in der Stasi-Akte von Theodor Heuss komplett dokumentiert.

Dazu gehören unter anderem 14 Vernehmungsprotokolle vom November 1950 bis Mai 1951. Es sind insgesamt 70 eng beschriebene Seiten, von denen jedes einzelne Blatt von William Borm mit dem Vermerk »selbst gelesen, genehmigt, unterschrieben« abgezeichnet worden war. Unterschrieben sind sie vom Vernehmenden, »Referatsleiter i. d. Abtlg. IX des Ministeriums f. Staatssicherheit Oberrat Wunsche«. Die Abteilung IX hatte Befugnisse eines Untersuchungsorgans, das heißt einer kriminalpolizeilichen Ermittlungsbehörde. Aus dem Konvolut geht nicht hervor, ob psychische Gewalt

bei den Verhören angewendet wurde. William Borm war geständig, gab sich außerordentlich auskunftsbereit und informierte umfassend und bis ins kleinste Detail, wie es nach welchen Kriterien zur Spionage in der SBZ und späteren DDR für die FDP-Spitze in Bonn gekommen war.

Auf diesen Vernehmungen mit dem umfassenden Geständnis William Borms basiert die Geschichte der von der Bonner FDP-Spitze um Theodor Heuss initiierten, konzipierten und finanzierten Spionagetätigkeit in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und späteren DDR. Hinzu kommen noch die Aussagen nach Verhaftungen von zwei Spionen, die aktiv beteiligt waren. Auch ihnen war der Prozess gemacht worden.

Und so fing alles an: Im Landesverband der Berliner FDP bekleidete William Borm von 1947 bis 1949 das Amt des ersten Schatzmeisters und des stellvertretenden Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Ausschusses. Außerdem war er Vorsitzender der Ortsgruppe Dahlem und Vorstandsmitglied des FDP-Bezirktes Zehlendorf. Im Juni 1949 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der Berliner FDP gewählt und auf dem Parteitag im April 1950 als stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt.

Im Frühjahr 1947 hatte der Berliner Vorsitzende der »Liberal-Demokratischen-Partei Deutschlands« (LDP) Carl-Hubert Schwennicke William Borm kontaktiert, lange vor der endgültigen Spaltung der Partei, die in der Sowjetischen Besatzungszone weiterhin LDP und fortan in West-Berlin FDP hieß. Bei einem Treffen – so die Angaben von Borm – teilte Schwennicke Borm mit, dass er bei Jugendlichen in der Sowjetischen Besatzungszone mit dem Aufbau einer illegalen Spionageorganisation begonnen habe. Besonders starke Stützpunkte sollten sich an den Universitäten Halle, Jena und Rostock gebildet haben. Als leitender Angestellter des Siemens-Konzerns verfügte Schwennicke nach eigenen Angaben über Informations- und Spionagequellen in den ehemaligen Betrieben dieses Konzerns in der Sowjetischen Besatzungszone, so unter anderem in Arnstadt, Annaberg, Chemnitz und Falkenstein sowie Rostock und

Wismar. Nach wie vor werde er von Ingenieuren besucht und informiert. Die ersten Auftraggeber für die interessante Spionagetätigkeit der FDP an Schwennicke sollen der FDP-Vorsitzende Theodor Heuss, sein Nachfolger Franz Blücher und der FDP-Landesvorsitzende von Hessen August Martin Euler gewesen sein.

Den ersten Vernehmungen Borms zufolge ging es so weiter: Weil Schwennicke der Umfang der Aufträge, die er alleine durchführte, für die Zukunft zu groß war, bat er Borm, einen Teil dieser Aufträge in der Umgebung von Dresden zu übernehmen. Nachdem Schwennicke Borms Einverständnis zur Mithilfe bei dieser Art der Spionagetätigkeit bekommen hatte, übergab er ihm einen Teil seiner Agenten, über die Borm in der Folge Spionagemitteilungen aus dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone sammelte. Die Namen der Borm zugewiesenen vier Agenten sind im Vernehmungsprotokoll geschwärzt. Die von den Agenten erhaltenen Informationen übergab William Borm regelmäßig an den eigens zu diesem Zweck aus Westdeutschland kommenden Dr. Victor-Emmanuel Preusker. Der Politiker Preusker war Bundestagsabgeordneter der Liberalen und Mitglied der »Kommission für Volkswirtschaftsfragen« im Vorstand der FDP. Nach Borms Angaben hatte der Volkswirt und Bankbeamte offiziell die Funktion des Sekretärs der FDP-Landesleitung des Landes Hessen inne. In Wirklichkeit aber betrieb Preusker im Auftrag von Theodor Heuss und dem Vorsitzenden der Landesleitung der FDP in Hessen, August Euler, ausschließlich Spionagearbeit gegen die SBZ und spätere Deutsche Demokratische Republik. Er unterhielt die ständige persönliche Verbindung zwischen Berlin und Westdeutschland. Bei ihrem ersten Treffen in Berlin übergab Preusker Borm drei Fragebögen, die Angaben über die durchzuführende Spionagetätigkeit nach drei Gesichtspunkten enthielten:

1. militärische Spionage:

Truppentransporte, Truppenübungen, Truppenbewegungen auf Schienen und Straßen, Art der Fahrzeuge, Fahrzeugnummern, Art der Waffen, Stärke der Formationen.

2. wirtschaftliche Spionage:

Behandlung, Rechtsstellung der Privatunternehmerbetriebe gegenüber den volkseigenen.

Über die Produktionspläne – Art der Fabrikation und Lieferung.
Reparationsleistungen – Art der Reparationsberechnung.

Etwaige unmittelbare oder mittelbare Rüstungsindustrie und organisatorischer Aufbauplan (sächsisches Industriekontor).

Personelle Besetzung der Schlüsselstellungen.

3. politische Spionage:

Politische Haltung und Stimmung der Bevölkerung in der damaligen Ostzone.

Überwachung der Partei- und Massenorganisationen wie Gewerkschaften, Frauenbund, FDJ in personeller und propagandistischer Hinsicht.

Im Vernehmungsprotokoll, in dem »HEUSS« ebenso wie alle anderen Namen grundsätzlich in Großbuchstaben geschrieben steht, erläuterte William Borm, Preusker habe ihm erklärt, dass der Verfasser dieser Fragebögen Heuss sei. Etwa Mitte Dezember 1947 statete der DPD-Vorsitzende der Berliner Organisation einen Besuch anlässlich einer Weihnachtsfeier in einem Lokal in der Belle-Alliance-Straße ab. Heuss habe ihm gesagt, er freue sich, dass er, Borm, mit Schwennicke einig geworden sei. Auf die Frage des Vernehmers, was Heuss mit dieser Redewendung gemeint habe, antwortete Borm wörtlich: »Ich war der festen Überzeugung, dass Heuss damit nur die von Schwennicke und mir durchgeführte Spionagetätigkeit meinte.« Borm weiter: »Im Mai 1948 rief mich Preusker aus Frankfurt an, berief sich auf Heuss und forderte mich auf, in dessen Namen die Wiederwahl Schwennickes zum 1. Vorsitzenden der LDP Landesverband Berlin, die zweifelhaft erschien, mit allen Kräften zu unterstützen. Heuss ließ mir sagen, wie wichtig Schwennicke gerade jetzt sei.« Auf die Frage des Vernehmers nach dem Warum antwortete Borm, in dieser Zeit (immerhin 1948) sei seine mit Schwennicke gemeinsam durchgeführte Spionagetätigkeit in vollem Gange gewesen. Heuss

habe damit die Wichtigkeit der Spionagetätigkeit durch den von ihm veranlassten Anruf betont.

Im Laufe seiner Vernehmungen informierte Borm darüber, wie er seine Spionageaufträge durchführte. Wie bereits erwähnt, waren es meist Kontaktpersonen, die der LDP in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR angehörten und zu einer Agententätigkeit bereit waren. Hierzu gewannen Schwennicke und Borm Agenten aus dem politischen Bekanntenkreis ebenso wie aus langjährigen geschäftlichen Beziehungen. So zählten zu Borms Agentennetz unter anderem ein früherer Hauptmann, ein Rundfunktechniker, ein Elektromeister, Agenten aus Warnemünde oder der Kreise Luckau und Calau. Diese willigen Personen lieferten Erkenntnisse zu Fragen wirtschaftlicher, politischer und militärischer Art, die in das Raster des Fragebogens von Theodor Heuss passten. Alle Berichte sammelte Borm, um sie Preusker zu übergeben, der das gesamte Berliner Spionagematerial persönlich per Flugzeug in die amerikanische Zone nach Wiesbaden zum FDP-Vorsitzenden von Hessen Gustav Euler brachte. Euler war von Beruf Rechtsanwalt und hatte in Wiesbaden sein Anwaltsbüro, das faktisch der Sammelpunkt für die aus der SBZ und später der DDR eingehenden Informationen war. Hier erfolgte auch die Sortierung dieser Materialien und die Weitergabe. Mit Ausnahme des militärischen Materials wurden die Spionagemeldungen im Büro der FDP-Leitung im Bundesgebiet in der Bonner Moltkestraße 5 für Theodor Heuss zusammengestellt.

Zu Theodor Heuss konnte Borm umfassend Auskunft geben. Dass er der erste Vorsitzende des Bundesvorstandes der FDP in Westdeutschland und bis 1947 Kultusminister in Württemberg-Baden und seit 1949 Bundespräsident in Westdeutschland – wie Borm formulierte – war, musste der Stasi weitestgehend bekannt sein. Was der DDR-Geheimdienst nicht wusste, war, dass der Schriftsteller und Kulturhistoriker Heuss der geistige Urheber dieser im »Dienste des westlichen Imperialismus« stehenden Spionageorganisation war. Aus grundsätzlicher Gegnerschaft gegen die Sowjetunion und die Neuordnung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR und

in Abhängigkeit vom »deutschen Monopolkapital sowie der feudalen Aristokratie« – wie sich Borm ausdrückte –, versuchte er, durch Gründung des Spionageapparates innerhalb der FDP den Neuaufbau in der DDR zu stören und die Spaltung zu vertiefen.

Heuss soll nach Sichtung des Spionagematerials durch Euler bzw. Blücher dieses Material an die maßgeblichen Kreise und Spionagezentren der Westalliierten sowie der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie übergeben haben. Nach Einschätzung von Borm hatte Heuss persönliche Bindungen zu Hohen Kommissaren der Alliierten wie Lucius D. Clay, John McCloy, Brian Robertson, Ivone Kirkpatrick und André François-Poncet, die er durch den englischen politischen Verbindungsoffizier Pearsh mit dem Spionagematerial versorgte. Über diesen Mittelsmann gelangte es zu den alliierten Kommissaren auf dem Petersberg bei Godesberg. Enge persönliche Beziehungen unterhielt Heuss zu den Industriellen Robert Bosch und zu maßgeblichen Kreisen des rheinisch-westfälischen Kapitals. Erneut unterstrich Borm, dass sämtliche Anweisungen zur Spionage von Heuss selbst ausgearbeitet wurden und in Form von Fragebögen an die einzelnen Stützpunkte durch den Mittelsmann Preusker ausgegeben wurden.

Das wirtschaftliche Material ging an den Bundesminister für Angelegenheiten des Marshallplanes Franz Blücher, der es zur Kenntnis nahm und dienstlich in seinem Ministerium verwertete. Blücher war auch Nachfolger des frisch zum Bundespräsidenten gewählten Theodor Heuss im Amt des FDP-Bundesvorsitzenden. Außerdem erhielt der Vorsitzende des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen Friedrich Middelhauve das Material. Er war zugleich Bundestagsabgeordneter und Vorstandsmitglied im FDP-Bundesvorstand in Bonn. Der Verleger aus dem Ruhrgebiet unterhielt enge Beziehungen zur rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die er mit dem zugeleiteten Spionagematerial aus der DDR versorgte.

Die interessierten Industrie-, Handels- und Finanzkreise des deutschen Industriegebietes leisteten dafür entsprechende Zuschüsse an die Parteikasse. Die erheblichen Beträge gingen an den

FDP-Bundesvorstand in Bonn. Mit diesen Geldern konnte auch die Berliner Spionagetätigkeit finanziert werden. Mehrfach erhielt der Agentenführer Borm über Preusker aus dieser gut sprudelnden Finanzquelle für sich und seine Informanten größere Geldbeträge. So habe er einmal 3000 Reichsmark vor der Währungsreform bekommen und nach der Währungsreform von Preusker persönlich durch die Post 1100 DM West. Außerdem gab Borm im Verhör an, achtmal je 300 DM West für jeweils geliefertes Spionagematerial kassiert zu haben, das er an seine Agenten aushändigte. Weiterhin erhielten die Rechercheure in der SBZ und der späteren DDR immer wieder Naturalien in der Form von dringend benötigten Lebensmitteln. Unter den namenlosen Borm-Agenten befand sich ein ganz besonders eifriger Spion, der aus Warnemünde und Umgebung brisantes Material lieferte. Dabei handelte es sich um Informationen aller Art. So zum Beispiel Angaben über Ausfahrten von Schiffen und deren Ladung, über Truppenbewegungen und militärische Übungen, über einen Fliegerhorst bei Warnemünde, über Pioniere und einen Sechstausender-Truppentransport, über Materialausladungen, beispielsweise schwerer und leichter Artillerie, über die Lage einer sowjetischen Tankstelle etwa sieben Kilometer von Warnemünde entfernt.

Die militärischen Fragen des Bogens, die nach Borms Aussagen aus der Feder von Theodor Heuss stammten, waren auf die Generalstäbe der drei westlichen Alliierten zurückzuführen. In ihrem Auftrag gelangte das gesamte Spionagematerial zur gemeinsamen Auswertung an den früheren »Nazi-General« Franz Halder. Halder war bis 1942 an allen strategischen Planungen der Wehrmacht beteiligt. Hierzu gehörten der Überfall auf Polen, der Westfeldzug und das Unternehmen Barbarossa. Unklar blieb die Rolle Halders im Widerstand gegen Hitler. Aufgrund von Auseinandersetzungen mit Hitler wurde Halder im September 1942 als Generalstabschef abgesetzt. Als Folge des gescheiterten Attentats auf Hitler im Juli 1944 kam es zu umfangreichen Verhaftungen, dabei geriet auch Halder als möglicher Teil einer Widerstandsbewegung vor Kriegsbeginn in den Fo-

kus. Zusammen mit seiner Frau und ältesten Tochter wurde er verhaftet, zunächst im Konzentrationslager Flossenbürg interniert und später von der SS nach Südtirol verschleppt. Nach der Befreiung durch Wehrmachtssoldaten kam Halder in amerikanische Kriegsgefangenschaft in Italien und wurde im Sommer 1945 entlassen.

Im Nürnberger Nachfolgeprozess gegen das Oberkommando der Wehrmacht wurde Halder als Zeuge der Anklage vernommen. Von 1946 bis 1961 arbeitete er als Leiter der deutschen Abteilung der kriegsgeschichtlichen Forschungsgruppe der United States Army, der Operational History (German) Section der Historical Division, in Königstein im Taunus. Der Einfluss, den er von dort auf die Kriegsgeschichtsschreibung des Zweiten Weltkrieges ausübte, wird von Militärgeschichtlern äußerst kritisch beurteilt. Schließlich waren es Halder und andere Mitarbeiter, die trotz stichhaltiger und umfangreicher Gegenbeweise das Bild der »sauberen Wehrmacht« in der Öffentlichkeit zeichneten.

Preusker, der innerhalb der Spionageorganisation die Funktion innehatte, die Verbindung zwischen Heuss und Euler einerseits sowie den Landesverbänden andererseits – und insbesondere nach Berlin – aufrechtzuerhalten, überbrachte in vielen Fällen das militärische Material direkt an den ehemaligen General Halder zur Auswertung. Nach Preuskers Angaben hatte der frühere Generalstabschef Halder eine Anzahl früherer Offiziere aller Dienstgrade um sich versammelt, mit denen er sich seit Jahren bereithielt, um im gegebenen Moment wieder eine deutsche Wehrmacht mit Einverständnis der westlichen Besatzungsmächte aufstellen zu können. Dieser Kreis um Halder hatte Verbindung zu früheren Nazi-Offizieren, von denen einer Preusker war. So Borm im Verlauf der Stasi-Verhöre.

Preusker hatte nach eigenen Angaben von Mitte 1948 enge und gute Beziehungen zur amerikanischen und britischen Besatzungsmacht. Er nannte dabei beispielhaft James R. Newman, USA, seinerzeit Militär-Gouverneur von Großhessen. Preusker galt nach Borms Aussagen als rührig und geschickt, sodass er das besondere Vertrauen von Heuss, Blücher und Euler genoss. Außerdem hatte Preus-